

13.03.2013

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

zu dem Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1277

Nordrhein-Westfalens Wirtschaft braucht Freiräume statt neuer Aufgaben und mehr Bürokratie

Berichterstatter: Georg Fortmeier SPD

Beschlussempfehlung:

Der Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 16/1277 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 13.03.2013/Ausgegeben: 14.03.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

Der Antrag der Fraktion der CDU wurde durch Plenarbeschluss vom 8. November 2012 zur Federführung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Kommunalpolitik und den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen.

Die CDU schreibt in ihrem Antrag, Deutschland sei aus der Weltwirtschaftskrise von 2008/2009 vor allem deshalb so gut herausgekommen, weil industrielle Kerne bewusst gestärkt worden seien, alle Ebenen frühzeitig und entschlossen gehandelt hätten sowie die Tarifparteien in dieser schwierigen Zeit ihrer Verantwortung gerecht geworden seien.

Als Ergebnis dieses schnellen und konsequenten Handelns blicke die nordrhein-westfälische Wirtschaft, trotz Euro- und Staatsschuldenkrise, auf zwei erfolgreiche Jahre mit Zuwachsraten zurück. Obgleich die rot-grüne Landesregierung alles dafür täte, die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen zurückzuwerfen, sei aufgrund der wegweisenden und vorausschauenden Politik der Bundesregierung wirtschaftlich bereits Mitte 2011 wieder das Vorkrisenniveau erreicht worden. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liege seit über einem Jahr bei mehr als 6 Millionen, so viele wie seit 1991 nicht mehr. Und auch die Zahl der Arbeitslosen sei mit konstant unter 700.000 so niedrig wie lange nicht mehr (vgl. Arbeitsmarktbericht September 2012).

Diese Erfolge in der Krisenbewältigung beruhten politisch insbesondere auf den in beiden Konjunkturpaketen zusammengefassten Maßnahmen der Bundesregierung sowie auf regionaler Ebene den aktiv unterstützenden Maßnahmen der damaligen CDU-geführten nordrhein-westfälischen Landesregierung. Zu Gute käme der Wirtschaft sicherlich auch, dass durch die vorgezogenen Neuwahlen viele wirtschaftsfeindliche Projekte der rot-grünen Landesregierung der Diskontinuität zum Opfer gefallen und vorerst gestoppt worden seien.

Diese wirtschaftlichen Erfolge seien nun aber in großer Gefahr. Die Landesregierung habe eine Vielzahl von Gesetzen, Gesetzentwürfen und Bundesratsinitiativen angekündigt, eingebracht oder bereits verabschiedet, die direkt massive Auswirkungen auf die Unternehmen in unserem Land hätten und Arbeitsplätze bedrohten.

Beratung

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand, Energie, Industrie und Handwerk hat den Antrag in der Sitzung am 21. November 2012 erstmalig beraten und beschlossen, die weitere Beratung nach Vorliegen der Voten der mitberatenden Ausschüsse bzw. Ablauf der Mitberatungsfrist durchzuführen. Die Mitberatungsfrist der drei mitberatenden Ausschüsse endete am 24. Januar 2013.

Der Ausschuss für Kommunalpolitik hat über den Antrag in seiner Sitzung am 23. November 2012 abschließend beraten und diesen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen der antragstellenden CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

Der ebenfalls mitberatende Umweltausschuss hat den Antrag in seiner Sitzung am 5. Dezember 2012 abschließend beraten und diesen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat kein Votum übermittelt.

Die **CDU-Fraktion** erklärte, der Antrag habe seinen Zweck insoweit erfüllt, als die summarische Aufstellung all der wirtschafts- und mittelstandsbelastenden Themen dazu geführt habe, dass allen klar sei, wohin die Richtung gehe.

Die **SPD-Fraktion** äußerte, schon die Annahmen, die dem Antrag zugrunde lägen, würden von der SPD-Fraktion ausdrücklich nicht geteilt. Es bedürfe schon einer besonders gefärbten Sicht der politischen Wahrnehmung in diesem Lande, wenn in dem Antrag ausgeführt werde, dass die Erfolge in der Krisenbewältigung politisch insbesondere auf die unterstützenden Maßnahmen der damaligen CDU-geführten nordrhein-westfälischen Landesregierung und den beiden Konjunkturpaketen beruhten. Das teile man ausdrücklich nicht.

Der Inhalt Antrag sei seitens der SPD-Fraktion bereits zu den einzelnen Gesetzesinitiativen ausführlich diskutiert worden. Es handele sich um nichts anderes als den wohlfeilen Versuch, ein Konstrukt von Wirtschaftsfeindlichkeit aufzubauen. Der Antrag sei aus der Sicht der SPD-Fraktion inhaltlich dünn und intellektuell langweilig. Insofern sei man gerne bereit, ihn abzulehnen.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** sah den Antrag als Ausdruck eines Unverständnisses bezüglich des Begriffes „soziale Marktwirtschaft“. Vor dem Hintergrund der Ausführungen der Wirtschaftsfakultät der Universität Düsseldorf müsse man sagen, dass die im Antrag vermischten Initiativen der Landesregierung nichts miteinander zu tun hätten. Zwar beträfen die Regelungen der einzelnen Gesetze den Mittelstand, aber nur insoweit, als dass sie die Entwicklung in Wirtschaftsbereichen regelten, in denen sich auch KMUs betätigten.

Allein die Einführung zur Begründung des Antrags mache deutlich, dass viele Dinge offensichtlich unbewusst in die falsche Richtung gedacht würden. Die Maßnahmen seien getroffen worden aufgrund der richtigen Entscheidung, dass letzten Endes die geschaffenen Freiräume durch die Politik, die davor zu einer marktradikalen Sicht und Handlungsweise geführt hätten, zurückgenommen worden seien. Nach Äußerungen von Jürgen Rüttgers beim Handwerkertag seien diese Ansätze der CDU und FDP nicht weit genug gegangen. Die Übernahme der Verantwortung der Politik durch Rot-Grün und die Rückbesinnung auf die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft schließlich dazu geführt haben, dass man in stabileres Fahrwasser gekommen sei. Die Landesregierung werde weiterhin auf diesem Weg vorschreiten.

Die Globalisierung der Märkte führe sicherlich dazu, dass man sich in Zukunft über eine moderne Entwicklung verständigen müsse. Letzten Endes habe Jürgen Rüttgers auch gesagt, dass der CDU-Fraktion in dieser Hinsicht ein gewisses Grundverständnis fehle. Vielleicht sollte die CDU mit diesen Leuten noch einmal in eine Diskussion einsteigen.

Die Landesregierung betreibe eine mittelstandsfreundliche Politik, und die bisher auf den Weg gebrachten Gesetze seien ein Ausdruck dafür, dass man die Aufgaben wahr- und auch sehr ernst nehme. Es gehöre nämlich zu den Basics des Regierungshandelns, die negativen externen Wirkungen, die sich aus dem wirtschaftlichen Umfeld ergäben und durch die Betätigung Dritter hervorgerufen würden, zu vermeiden. Von daher sei der eingeschlagene Weg unterstützenswert, und man werde auf diesem auch weitergehen.

Die **FDP-Fraktion** merkte an, leider müsse man dem Antrag der CDU die Zustimmung geben. „Leider“ deshalb, weil er den wirtschaftspolitischen Realitäten in diesem Lande entspreche und im Gegensatz zu dem, was der Wirtschaftsminister in seinen Sonntagsreden betone, die Politik im Lande leider eine andere sei.

In den Ausführungen der GRÜNEN sei deutlich geworden, wem diese falsche Ausrichtung der Wirtschaftspolitik im Land geschuldet sei. Hier würden für den Mittelstand immer neue Hürden aufgebaut, neue Bürokratie geschaffen. Das sei eine Politik der Gutmenschen, die den Bürgerinnen und Bürgern vorschreiben wollten, wie sie zu leben und was sie zu tun und zu lassen hätten. Das lehne die FDP-Fraktion ausdrücklich ab. Deswegen werde man dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen.

Die **Fraktion der PIRATEN** bedankte sich für den Antrag, der Denkanstöße gebe. Der Titel sei uneingeschränkt richtig. Allerdings sei die Kritik an den darin aufgeführten Gesetzen nichts Neues. Manchen dieser Punkte könne man zustimmen. Bei anderen Punkten hingegen müsse eine Abwägung getroffen werden. Dass die Wirtschaft Freiräume habe, heiße aber nicht, dass sie einen Freibrief habe, sondern auch Verantwortung zum Beispiel beim Klimaschutzgesetz zu tragen habe. Deswegen könne die Fraktion der PIRATEN der Gemengelage aus verschiedenen Feststellungen so nicht zustimmen und werde daher den Antrag in Gänze ablehnen.

C Schlussabstimmung

Bei der Schlussabstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 16/1277 - wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Georg Fortmeier
Vorsitzender